

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Abholung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Idealismus

Idealismus ist diejenige Selbstrichtung oder Weltanschauung, welche der frohen Gewissheit lebt, daß es über dem Irdischen und Vergänglichem, dem Gemeinen und Bösen auch noch reine, göttliche Ideen und Mächte gibt, die des Lebens Ursprung und letztes Ziel sind und diese überhaupt erst lebenswert machen, und die darum mit aller Kraft der Seele dahin strebt, daß diese idealen Mächte das diesseitige Leben veredeln, die Vergänglichkeit mit Ewigkeitsgehalt erfüllen, die freie Persönlichkeit herausbilden und die Humanität in Divinität, das Menschliche in das Göttliche verklären.

Der Idealismus ist also an keinen Ort und keine Zeit gebunden; er kann sich in jeder Religion und in jeder Philosophie im Leben wie in der Kunst, bei Gebildeten und Ungebildeten, bei Vornehmen und Oeringen, bei Jungen und Alten finden. Der Idealismus ist keine Tugend, wie die anderen und neben den anderen, sondern er ist jene Seelenstimmung, aus der das Reine, Gute und Schöne oder doch die Empfänglichkeit dafür hervorstrebt. — Wo man nach der Palme der Vollkommenheit ringt, in der Hoffnung, sie erreichen zu können; wo man der Selbstsucht entsagt und Liebe übt; wo man den höchsten Maßstab an Personen wie Dinge anlegt; wo man großen Mustern in reiner und strenger Pflichterfüllung nachlebt; wo man mit Faust des Lebens Pulse fühlt, lebendig schlagen fühlt und sich vornimmt, zum höchsten Dasein immerfort zu streben: da steht man im Dienste der Ideen und huldigt dem Idealismus ...

Christian Ruff.

## „Eine der größten Sorgen der deutschen Wirtschaft“

### Die Behebung des Bauarbeitermangels!

Wir haben im heurigen Hochsommer mehr als 100 000 beschäftigungslos gebliebene Bauarbeiter, und deshalb ist es jetzt an der Zeit, sich mit der Behebung des Bauarbeitermangels zu befassen. Diese wunderbare Logik betätigt ein Herr Dr. André, Düsseldorf, in einem Artikel „Der Facharbeitermangel im Baugewerbe und die Möglichkeiten seiner Behebung“, der in der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ (Heft 16 vom 26. August 1926) erschienen ist. Die Einleitung des Artikels müssen wir schon wörtlich hierher setzen:

„Die Beschaffung eines ausreichenden Facharbeiterwachstums ist zurzeit eine der größten Sorgen der gesamten deutschen Wirtschaft. Sie gewinnt für die deutsche Bauwirtschaft insofern eine besondere Bedeutung, als hier seit Ausgang des Krieges Mangel an Facharbeitern in einem Umfange besteht, wie er in anderen Industriezweigen kaum zu verzeichnen ist. Dieser jedes Aufleben der Bautätigkeit stark behindernden Tatsache gegenüber beweist der Hinweis auf eine zurzeit vorhandene Arbeitslosigkeit auf dem baugewerblichen Arbeitsmarkt keineswegs das Gegenteil, denn nach wie vor sind die zur Verfügung stehenden Facharbeitskräfte selbst unter Berücksichtigung einer nur mittelmäßigen Bautätigkeit völlig unzureichend.“ (Druckhervorhebungen durch uns. Red. d. „Baugew.“)

Man faßt sich an den Kopf, wenn man das liest. „Seit Ausgang des Krieges“ hatten wir einen beispiellosen Bauarbeitermangel? Und „nach wie vor“ dauert er an? So groß ist er, daß er „jedem“ Aufleben der Bautätigkeit stark behindert? So leichtfertige, um nicht zu sagen: dumme Behauptungen kann nur jemand aufstellen, der von den wirklichen Verhältnissen keine Ahnung hat. Die beste Widerlegung sind die Tatsachen. Hier die Arbeitslosenziffern der größten Bauarbeiterorganisation, des Deutschen Baugewerksbundes:

Ende des Monats	Arbeitslos waren vom Hundert der Mitglieder						
	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Januar	14,22	6,0	12,0	18,9	12,41	71,50	24,86
Februar	14,44	3,8	11,7	14,1	16,95	72,62	22,83
März	6,39	2,9	8,2	4,4	13,71	38,05	14,29
April	3,93	1,9	5,1	1,6	10,88	15,33	5,75
Mai	2,57	2,4	3,7	0,7	8,20	9,65	3,50
Juni	2,07	2,9	3,1	0,6	4,22	10,62	3,23

\*) Halbmonatsschrift für Fragen des Arbeitsmarktes, der Gewerkschaften, der Berufsberatung und verwandten Gebiete im Deutschen Reich und in Oesterreich. Erscheinungsort: Bernau bei Berlin.

Ende des Monats	Arbeitslos waren vom Hundert der Mitglieder						
	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Juli	1,72	3,9	2,4	0,5	3,37	10,59	3,73
August	1,54	4,4	2,3	0,5	7,21	11,43	4,77
September	1,13	4,1	1,4	0,7	12,32	8,73	4,60
Oktober	1,16	3,9	1,3	1,3	25,78	6,53	6,44
November	5,45	6,5	4,3	2,3	40,06	10,13	27,76
Dezember	8,19	10,1	6,6	6,6	67,33	22,65	47,79

Gewiß bezeichnen diese Ziffern die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der gesamten Mitglieder des Baugewerksbundes. Aber auch in den besten Bauzeiten sind stets arbeitslose Maurer vorhanden gewesen. Die Statistik gibt uns darüber wie folgt Aufschluß:

Ende des Monats	Arbeitslos waren vom Hundert der Maurer des Baugewerksbundes:		
	1921	1923	1924
Januar	12,1	12,31	22,05
Februar	11,5	18,54	19,90
März	6,7	13,29	10,93
April	3,0	9,48	2,43
Mai	1,6	5,49	0,98
Juni	0,9	1,36	0,63
Juli	0,7	1,90	0,91
August	1,1	5,31	1,84
September	0,3	9,91	1,72
Oktober	0,1	23,89	3,56
November	3,5	41,90	27,67
Dezember	6,0	63,03	52,48

Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter weist für die letzten Jahre folgende Arbeitslosenziffern auf:

Monat	Vom Hundert der Mitglieder waren arbeitslos:		
	1924	1925	1926
Januar	75,74	17,92	61,11
Februar	63,18	19,63	51,86
März	48,14	12,80	45,14
April	17,24	7,58	37,67
Mai	13,37	3,27	26,23
Juni	13,78	3,48	30,63
Juli	14,86	4,49	26,24
August	13,23	4,63	—
September	11,30	6,18	—
Oktober	7,96	9,97	—
November	12,36	31,21	—
Dezember	20,42	61,65	—

Zu diesen Ziffern kommt besonders die große Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter in Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau zum Ausdruck. Für den Umfang der Arbeitslosigkeit der Gelehrten sind sie deshalb ohne weiteres beweiskräftig, weil unser Verband sich zu fast 70 Prozent aus Bauarbeitern zusammensetzt.

Mit diesen zahlenmäßigen Feststellungen steht keineswegs im Widerspruch, daß zu manchen Zeiten in manchen Gebieten tatsächlich eine Knappheit an Bauarbeitern zu beobachten war. Da, wie die Statistik ausweist, zu keiner Zeit ein allgemeiner Bauarbeitermangel bestand, hat es zunächst an der mangelhaften Ausgleicung des Arbeitsmarktes gelegen. Dieser Umstand fiel namentlich in den ersten Nachkriegsjahren mit ihren bekannten Erscheinungen in der Zuwanderung und in der Unterkunftsbeschaffung schwer ins Gewicht. Dann aber ist vor allem die Tatsache zu berücksichtigen, daß die Verfassung des Baumarcktes in den vergangenen Jahren ja gar keine normale war. Zunächst hatten wir in gewissen Inflationszeiten eine außerordentliche industrielle Bautätigkeit, weil die Industrie ihren Papiermarktpreis nicht anders unterzubringen wußte. Dann wurden Jahre für Jahre die für den Wohnungsbau unerlässlichen öffentlichen Mittel zu spät bewilligt. Die Folge dieses Uebelstandes war, daß die Bautätigkeit sich immer auf wenige Sommer- und Herbstmonate zusammendrängte. Es gab ein ruckweises Anziehen des Arbeitsmarktes, dem aber stets wieder die Erschlaffung folgte. Sogar die Bauarbeiten der Nachkriegszeit gleichmäßig auf die ganze unphäre Bauzeit verteilt gewesen, niemals und nirgends hätte es einen Bauarbeitermangel gegeben, im Gegenteil, es wären noch Bauarbeiter arbeitslos geblieben. Kein wirklicher Kenner des Bau- und des baugewerblichen Arbeitsmarktes wird das zu bestreiten wagen. Mit dieser Feststellung ist zugleich der Weg gewiesen, wie der Bauarbeitermangel zu beheben ist. Einzig dadurch, daß endlich ein langfristiges Wohnungsbaupro-

gramm aufgestellt wird, dessen Finanzierung für eine längere Reihe von Jahren sichergestellt ist und somit eine gleichmäßige Verteilung der Arbeiten über das ganze Jahr ermöglicht.

Daß bei einer gleichmäßigen Beschäftigung des Baugewerbes die vorhandenen Bauarbeiter ausreichen, d. h. mit ihnen alles Notwendige und Mögliche geleistet werden kann, ist heute auch die Ansicht des Reichsarbeitsministeriums. Im „Reichsarbeitsblatt“ (Nr. 30 v. 9. August 1926) schildert der Referent für das Wohnungswesen in diesem Ministerium, Ministerialrat Dr. Wölz, die Bemühungen des R. A. M. im letzten Frühjahr um eine stärkere Inangriffnahme des Wohnungsbaues, und kommt in diesem Zusammenhang auch auf die Leistungsfähigkeit des Baugewerbes zu sprechen. Er schreibt:

„Es wurden im Vergleich immer wieder die Friedenszahlen herangezogen. Dabei wurde zugrunde gelegt, daß heute mindestens dieselbe Anzahl von Wohnungen im Jahre wie in Friedenszeiten gebaut werden könnte. In Betracht kamen 180 000 bis 200 000 Wohnungen. Es wurde eingehend nachgesehen, daß eine derartige Zahl von Wohnungen hergestellt werden könne ohne künstliche Überlastung des Baumarcktes, also mit den vorhandenen Bauarbeitern und Bauhilfsarbeitern sowie unter normaler Inanspruchnahme der Baustoffindustrie. Gebaut wurden im Jahre 1925 nur etwa 135 000 Wohnungen.“

Dieser amtlichen Feststellung darf man so eher vertraut werden, als das Reichsarbeitsministerium selbst jahrelang an das Schlagwort — es war nichts anderes — von dem Bauarbeitermangel geglaubt hat. Herr Dr. André aber sagt schon für eine mittelmäßige Bautätigkeit einen gewaltigen Bauarbeitermangel voraus!

Noch einen anderen unverbächtigen Zeugen für unsere Auffassung können wir anführen. Die „Baugewerkszeitung“, das Organ des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister, schrieb in ihrem Neujahrsartikel 1925:

„Die von Berlinern und Lündernern aufgestellte Behauptung, daß wir für eine starke Bautätigkeit gar nicht die notwendigen Facharbeiter besitzen und demnach nur für langjames Bauen plädieren, kann nur als Behauptung aufgefaßt werden; denn jeder Baugewerksmeister wird sich mit dem Vorhandenen einrichten und entsprechend disponieren; es gibt Mittel und Wege genügend, den Mangel an Facharbeitern, wenn er wirklich vorhanden sein soll, sehr bald zu beheben.“

Das ist auch unsere Meinung. Wir fügen hinzu, daß die Bauarbeiterverbände für den Fall eines wirklichen und allgemeinen Bauarbeitermangels wiederholt ihre Hilfsbereitschaft erklärt haben.

Damit sind wir mit Herrn Dr. André noch nicht fertig. Er hat sich scheinbar in den Kopf gesetzt, seine ganze Aufmerksamkeit der baugewerblichen Arbeits- und Arbeitsmarkterhältnisse an den Mann zu bringen. Als eine bemerkenswerte Ursache des Bauarbeitermangels nennt er u. a. die „auf Angleichung des ungelerten Arbeiters an den gelernten ausgehende Sozialpolitik der Nachkriegszeit“. Wörtlich schreibt er: „Die Lohnspanne zwischen ungelerten und gelernten Arbeitern war durchweg so gering, daß jeder Anreiz, den Beruf des Bauarbeiters zu erlernen, fortzufallen mußte. Die Folge war, daß Hilfsarbeiter in stärkerem Umfange eingesetzt werden mußten und naturgemäß gleichzeitig die Leistungen immer mehr zurückgingen.“ Zunächst ist es eine glatte Unwahrheit, daß die Leistungen der Bauarbeiter in der Nachkriegszeit stetig gesunken wären. Zur Gegenteile, sie sind gestiegen, was auch von Unkenntnis offen anerkannt wurde. Das soll jedoch mit dem letzten Satz eigentlich gesagt sein? Doch wohl, daß Bauhilfsarbeiter die Arbeit der lernenden Maurer, Zimmerer usw. verrichten mußten. Diese sachmännliche „Weisheit“ ist zu grotesk, als daß man sich ernsthaft damit befassen könnte. Es ist aber auch gar nicht wahr, daß es an dem Willen zur Erlernung eines Bauarbeiterberufes gekehrt habe. Die weiße Zeit hat es an Lehrmeistern gefehlt, die Lehrlinge ausbilden wollten. Andererseits können nicht wenige Gebiete namhaft gemacht werden, in denen in den letzten Jahren eine ausgedehnte Lehrlingszucht getrieben wurde. Heute kann von einer ungenügenden Lehrlingsausbildung im Baugewerbe überhaupt keine Rede mehr sein.

Von alledem weiß Herr Dr. André nichts. Man begreift deshalb auch, daß er eine „größtmögliche Lohn Differenz zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern“ fordert, um den Willen der Jugendlichen zur Erlernung eines Bauhandwerks „anzuregen“. Zwar kann er der baugewerblichen Sozialpolitik

Der letzten Jahre nicht ganz seine Anerkennung versagen; sie habe die Lohnspannen zwischen Fach- und Bauhilfsarbeitern „ganz bedeutend vergrößert“. Aber: „Damit ist das Ziel keineswegs erreicht. Die Forderung einer Lohnspanne, wie sie in der Vorkriegszeit bestand, ist heute um so berechtigter, als das derzeitige Lohnniveau erheblich über Frieden steht.“ Dieser ahnungsvolle Engel! Tatsächlich sind die Friedensspannen nicht nur fast durchweg erreicht, sondern in weiten Gebieten bereits überschritten!

Daß Herr Dr. André, natürlich zur Behebung des Bauarbeitermangels, eine Verlängerung der Arbeitszeit der Bauarbeiter fordert und die Unternehmer in ihrer selbstigen Einstellung zur tariflichen Regelung der Beschäftigung bestärkt, sei nur nebenbei erwähnt, kann auch als unerheblich gelten.

Der Schluß des Artikels läuft auf die „Feststellung“ hinaus, „daß allein eine umfangreiche Lehrlingshaltung eine Behebung des Facharbeitermangels herbeizuführen vermag“. Wir brauchen nach alledem kaum noch zu betonen, daß wir genau den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen. In der Tat kann, wie die Verhältnisse jetzt und auf absehbare Zeit im Baugewerbe liegen, Arbeiterleuten nur der Rat gegeben werden, ihre Söhne bis auf weiteres einen Bauhandwerkerberuf nicht erlernen zu lassen.

## In Deutschland Wohnungsüberschuß?

Von Joseph Treffert

Daß wir in Deutschland nicht nur keine Wohnungsnot, sondern sogar noch einen Wohnungsüberschuß haben, hat die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 175 vom 29. Juli) entdeckt. Der Vertreter der Hausbesitzer, Abgeordneter Lude, sprach kürzlich schon von einer „schwebenden Wohnungsnot“, und man hört es von dieser Seite öfter, daß es in Deutschland genug Wohnungen gäbe, daß sie nur falsch verteilt wären. Jetzt rechnet die „Bergwerks-Zeitung“ sogar heraus, daß wir einen Ueberschuß von 160 000 Wohnungen hätten, mithin von einer objektiven Wohnungsnot gar nicht die Rede sein könne. Die Rechnung wird, kurz zusammengefaßt, wie folgt aufgemacht:

Im Jahre 1910 hatten wir auf dem Gebiete des durch den Versailler Vertrag in seinem Umfange reduzierten Deutschen Reiches rund 18 Millionen Wohnungen; bis 1925 wurden 2,5 Millionen Wohnungen neu erbaut, so daß etwa 20,5 Millionen Wohnungen im Jahre dieses Jahres vorhanden waren. Im Jahre 1910 waren vorhanden 10,9 Millionen Verheiratete, im Jahre 1925 12,81 Millionen. Es ist also ein Mehr von 2,2 Millionen an Verheirateten, aber ein Mehr an Wohnungen von 2,5 Millionen vorhanden. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ fragt: „Wo bleibt da die Wohnungsnot?“ Die Zahl der Haushaltungen betrug im Jahre 1910 12,7 Millionen, 1925 15,3 Millionen. Es sind also 2,6 Millionen Haushaltungen mehr als im Jahre 1910, aber nur 2,2 Millionen Wohnungen. Es fehlen also für die Haushaltungen 100 000 Wohnungen. Rechnet man aber, daß im Frieden etwa 2 Prozent aller Wohnungen leer standen, so würden rund 360 000 Woh-

nungen unbewohnt geblieben sein. Rechnet man ferner im Laufe der Jahre durch baufällig gewordene Wohnungen 100 000 ab, dann blieben noch 260 000. Und rechnet man den Fehlbetrag von 100 000 Wohnungen für Haushaltungen ab, dann bliebe immer noch ein Ueberschuß von 160 000 Wohnungen. Die Statistiken der Wohnungsämter läßt die „Bergwerks-Zeitung“ nicht gelten.

Demgegenüber verweist die „Bergwerks-Zeitung“ jedoch auf folgenden Umstand hinzuweisen. Nach dem Kriege kamen aus den abgetretenen Gebieten zahlreiche Flüchtlinge und Rückwanderer, die ihre Wohnungen nicht mitbringen konnten. Nach einer Schätzung des Roten Kreuzes waren in Deutschland Anfang Dezember 1920 an Flüchtlingen untergebracht etwa 110 000 Personen aus Elsaß-Lothringen, 3000 aus dem Saargebiet, 500 000 aus dem Ostgebiet, 200 000 Auslandsdeutsche, also zusammen fast eine Million. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge wird allerdings größer sein, denn der Schätzung sind nur diejenigen Personen zugrunde gelegt, die durch die Kontrollstelle des Roten Kreuzes gegangen sind.

Ein anderes kommt hinzu: die zahlreichen Eheschließungen. Die Zahl schwankte in den Jahren 1900—1914 zwischen rund 460 000 bis 523 000 jährlich, 1919 waren jedoch 844 000 Eheschließungen zu verzeichnen, 1920 894 000, 1921 731 000, 1922 682 000 und 1923 582 000, also immer noch erheblich mehr als in den letzten Friedensjahren. Zurzeit bestehen in Deutschland etwa 12,8 Millionen Ehen gegenüber 10,5 Millionen im Jahre 1910. Viele würden auch gern eine Familie gründen und einen selbständigen Haushalt führen, unterlassen es jedoch, weil sie voraussehen, daß sie in absehbarer Zeit keine Wohnung erhalten.

Vergleicht man die Zahlen mit der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, wo ebenfalls eine Erhebung der Wohnstätten vorgenommen wurde, so ergibt sich, daß die Zahl der bewohnten Wohnhäuser von 1910 bis 1925 von 3 451 882 auf 3 964 368 gestiegen ist. Das bedeutet ein Mehr von 509 546 oder 14,75 Prozent. Dagegen ist eine Vermehrung der Familienhaushaltungen allein um 21,72 Prozent festzustellen.

Die „Bergwerks-Zeitung“ hat auch nicht daran gedacht, daß eine ganze Reihe Wohnungen in Abzug zu bringen sind, die durch Verfall für unbewohnbar erklärt werden mußten oder abgebrochen wurden. Dies hat sie zwar in einem folgenden Artikel hervorgehoben, in dem es sich darum handelt, die Forderung zu vertreten, Gelder zur Verfügung zu stellen zur Herrichtung der Altwohnungen. Es wird sogar hier gesagt, „daß der Abgang an solchen Wohnungen in vielen Städten in den letzten Jahren größer gewesen ist als der Zugang an neuen Wohnungen“. Der Artikelschreiber, der vorher über die Wohnungsnot schrieb, schätzte den Abgang bei 2,5 Millionen Altwohnungen auf nur 100 000; der nächste meint, der Abgang sei sogar größer als der Zugang an neuen Wohnungen. Aber davon abgesehen, es wohnen auch heute noch viele Menschen in Altwohnungen, die unter normalen Verhältnissen längst von der Hauspolizei geschlossen wären. Es sind genügend Fälle bekannt, daß Städte Einzelhäuser und ganze Straßenzüge vor dem Kriege aufgekauft hatten, um sie niederzulegen. Durch den Krieg ist das unterblieben und man

hat diese für den Abbruch reifen Häuser wegen der Wohnungsnot immer wieder notdürftig zurechtgestellt. Wir müssen der „Bergwerks-Zeitung“ noch einige andere Zahlen vor Augen halten. In Berlin fand nach siebenjähriger Pause am 3. Mai 1925 wieder eine Aufnahme sämtlicher Wohnungen statt, deren erste Ergebnisse der Abteilungsleiter im Statistischen Amt der Stadt Berlin, Dr. Drehdorff, veröffentlicht. „Insgesamt wurden 1 179 612 Wohnungen, aber 1 254 140 Haushaltungen gezählt, so daß also 74 528 Haushaltungen in anberweitigte Wohnungen und Haushalte verlegt waren, oder, anders ausgedrückt, daß rund 150 000 Haushaltungen in gemeinschaftlichen Wohnungen wirtschafteten. Wohnungen mit einem Haushalt — also der Normalzustand — gab es am Stichtage 1 107 954, davon 6847 in Behelfsbauten, Wohnlauben, Baracken usw.; Wohnungen mit zwei Haushaltungen wurden 68 830 ermittelt, davon 195 in Behelfsbauten. Die Zahl der Wohnungen mit drei und mehr Haushaltungen betrug 2628, 39 Wohnungen weisen sogar vier und fünf Haushaltungen auf. Von den ermittelten Wohnungen hatten 47 889 nur einen Raum, 336 279 zwei Räume, hier und bei den folgenden Zahlen die Küchen eingeschlossen (!), 385 992 drei Räume, 119 790 vier Räume, 88 237 fünf Räume, 48 814 sechs Räume, 27 912 sieben Räume. Die noch größeren Wohnungen waren nur in geringer Zahl vertreten.“

Die „Soziale Praxis“ gab kürzlich aus der „Deutsche Preussische Regierung über die Bevölkerungsbewegung und den Gesundheitszustand in Preußen im Jahre 1924“ einiges bekannt. Danach hatten z. B. in Lillit von 4951 Schulkinder 4 1/2 Proz. ein Heim, das aus einem einzigen Zimmer ohne Ofen bestand, und das sie mit 2—7, ja selbst mit 11 Personen teilten. 43,6 Proz. der Kinder lebten mit ihrer Familie in einem einzigen Raum mit Ofen, 32,2 Prozent in zwei Zimmern, und nur 19,7 Prozent lebten in Wohnungen mit mehr als zwei Zimmern. Die Schlafgelegenheiten der Kinder sind oft die denkbar schlechtesten. Im Bezirk Breslau und in einer ganzen Reihe von Städten hatten von 118 308 Schulkindern fast die Hälfte (45,2 Prozent) kein Bett für sich allein zur Verfügung, in 18 anderen Städten sogar 55,2 Prozent. Von 5083 Schulkindern mußten 308 mit noch zwei anderen Kindern und 39 mit mehr als zwei anderen Kindern in einem Bett schlafen. In Neuß schliefen von 440 Schulkindern etwa ein Fünftel zu zweit, ein Achtel zu dritt in einem Bett. In Reidenburg teilten von 782 Schulkindern 3,1 Prozent ihr Bett mit Tuberkulosekranken.

Der Arbeitsausschuß der Rotgemeinschaft in Blauen hat im vorigen Jahre eine Statistik zusammengestellt, die einen Einblick in die tieftraurigen Verhältnisse der Wohnungsnot gibt. 755 Familien wurden befragt mit zusammen 5347 Personen. Diese hatten jedoch nur 2593 Betten und 2550 Wohn- und Schlafräume. Das ergibt im Durchschnitt auf eine Familie 7,08 Personen und 3,35 Räume (ohne Bodenkammern nur 2,69 Räume) und auf ein Bett 2,06 Personen. Dabei wurden Familien festgestellt, in denen 3,4 und sogar 5 Personen auf ein Bett kamen.

Die Stadt Bremen rechnete man in der Vorkriegszeit zu den Städten, die mit die besten Wohnungsverhältnisse hatten. Das Statistische Landesamt unterzucht im letzten Jahre 4089 Fälle von dringlich eingetragenen Wohnungsuchenden. 2138 Personen waren

## Fortschritt

Stillstand gibt es im Leben nicht; Stillstand ist Rückschritt: „wer ruhet, der roset“.

Über die Kraft, die den Fortschritt treibt, erlischt. Sie muß ab und zu aufgeschicht werden, muß von neuem Richtung und Ziel ins Auge fassen. Leben und Fortschritt gebären sich ewig neu, nehmen bei jeder Wiedergeburt höhere Formen und größere Ausmaße an.

Das ist der tiefere Sinn des Sonntags nach der Werkwoche, der Festtage im Jahreslaufe, der Jubeltage nach größeren Abschlüssen, so beim Einweihen wie bei Geweihschaften: Ehrliche und gründliche Befragung über das Vergangene. Aus Fehlern wird gelernt, an Erfolgen aber erhöht sich stolz der Mut, in ihnen erneuert sich die Kraft. Was ist dem Ziele ein Stück näher, erkaut es nun klarer und deutlicher, und in stärkerem Tempo treibt freudig verjüngte Kraft den Fortschritt empor. G. K.

## Vom Werden der deutschen Wirtschaft

IV.

Eine Großtat deutschen Kulturlebens ist die Kolonisation des Orients, d. h. alles Landes östlich der Elbe, das durch die Völkerwanderung an die Slawen gefallen war. Diese fanden auf einer erheblich niedrigeren Kulturstufe als die Germanen, trieben kümmerlichen Ackerbau mit hölzernen Pflanzlöchern und sonst vornehmlich Fischerei und Tierzucht. Städte kannten sie so gut wie gar nicht und lebten in Runddörfern oder „Häufelungen“, die hauptsächlich um einen Leich als Schutzort angelegt waren, im Gegensatz zu den germanischen Langoburden, die in der Gegend von Berlin und Köln an der Spitze waren slawische Fürstentümer.

Die Ursachen der slawischen Kolonisation sind mannigfaltig. Vor allem hatte die Bevölkerung im altdeutschen Gebiet sich überaus stark gehoben; die Städte, noch beschränkt in ihrer Aufnahmefähigkeit, waren für die überzähligen Bauernfamilien kein geeigneter Ort, und diese suchten neue Möglichkeiten, zumal wenn sie dabei ihre persönliche Freiheit erlangen konnten. Der Auswanderungstrieb erhielt gewaltige Anregung durch die Missionen, die während der Kreuzzüge im ganzen

Volke rege geworden war. Endlich sprante auch Gewinnlust und Unternehmungsgest die größeren Herren an, die sich im Kolonialgebiet ausgedehnte Güter zu erwerben trachteten, während die führenden Herren eigenen Zuwachs und Stärkung der deutschen Macht anstrebten. Die Palme gebührt hier Heinrich dem Löwen und Albrecht dem Bären, die beide im 12. Jahrhundert ihre fruchtbare Tätigkeit mit wirklicher Großzügigkeit ausübten.

Nicht zu unterschätzen ist auch der Anteil der kolonisierenden Mönche, der Zisterzienser und Prämonstratenser, später der Deutschritter, die als Lehrmeister für Ackerbau und Handwerk, als Antrieb zu Kunst und Wissenschaft, vorbildlich wirkten. Ihre Klosterfrauen sind bereite Zeugen.

Hervorzuheben ist, daß fast die gesamte Kolonisation, eine Tat von überragender Größe, friedlich vor sich gegangen ist, zum Teil auf Einladung der slawischen Fürsten. Hat ist jedenfalls sehr wenig gewaltig. Die deutschen Kolonisten passten sich insofern der neuen Heimat an, als sie sehr oft die Form des slawischen Dorfes, den Rundling, übernahmen. Dieses ist bis heute für Ostpreußen typisch. Im übrigen übte deutscher Geist herrschend. Anfanglich nahm ein Gutsherr einen größeren zusammenhängenden Komplex in Besitz und ließ darauf sich Bauern ansiedeln. So entstanden die östlichen Gutsherrschaften, die seit dem 16. Jahrhundert sich noch bedeutend durch „Bauernlegen“ vergrößerten, indem die Gutsherren die Rollage der später selbständig angelegten Bauern anwussten und für geringes Geld ihnen das Land abnahmen, sie selbst aber leibigen machten. Die selbständigen Bauernleistungen gewährleisteten allen persönliche Freiheit und Erblichkeit des Besitzes. In ihrer Spitze stand der Dorfrichter.

Mit den Kolonisten kam deutsche Sprache und Kultur, besonders das Christentum, nach dem Osten. Sehr wichtig war auch, daß sich bald ein lebhafter Handel nach dem Mutterlande entwickelte, indem dies Erzeugnisse der Stadt lieferte, die Kolonisten aber die landwirtschaftlichen Überschüsse abgab. So entwickelte sich der Handel, der im großen bis heute charakteristisch ist: im Westen Industriegüter, im Osten landwirtschaftlicher Überschüsse.

Inzwischen hatte man im alten Gebiet wirklich der Elbe gelernt, den Boden intensiver und rationeller zu bearbeiten. Vom 10. bis zum 13. Jahrhundert hob sich der Bodenertrag um das Siebzehnfache! Auf der anderen Seite aber hatten sich hier schwere Mißstände ausgebildet. Während die Bauern bis zum 13. Jahrhundert einigermassen in Wohlstand lebten, begannen sie von da ab

unter den steigenden Lasten und Abgaben zu leiden. Die Herren stellten übermäßige Forderungen, und außerdem ist der Zehnte an die Kirche zu entrichten, die übrigens selbst beinahe über ein Drittel des Bodens verfügte. Besondere Erbitterung erregte es unter den Bauern selbstverständlich, als die Herren das im 15. Jahrhundert bekannt werdende römische Recht in Anspruch nahmen und das deutsche verdrängten. Den römische Eigentumsbegriff kennt nämlich nur absolutes Eigentum, unvereinbar mit Rechten anderer. Auf Grund dieses Begriffes zogen sie überall die Allmende ein, die seit undenklichen Zeiten zu gemeinsamer Benutzung für Jagd, Fischerei und Weide offengestanden hatten. Zudem hatten sie auch unter der grausam eijernen Faust der Raubritter schwer zu leiden, und wenn einer in Geldnot war, mußte er dem Juden in der Stadt schwere Wucherzinsen zahlen.

Es ist daher kein Wunder, wenn die Erbitterung der Bauern in der allgemeinen Zeit der Gärung und Unruhe im 16. Jahrhundert sich Luft machte. Die Schrift Luthers „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ hatte bei ihnen besonders gezündet und überall im alten Deutschland flammte der Bauernaufstand empor. Man berief sich auf Luthers Schrift und auf das alte deutsche Recht und verlangte Ermäßigung der Abgaben und Herabsetzung der Allmende mit Freiheit von Jagd, Fischerei und Weide. Die Bauernhäuser wurden aber gänzlich vernichtet, und ihre Lage verschlechterte sich noch für die nächste Zeit.

In das Kolonisationsgebiet hatte der Aufbruch nicht hinübergereicht. Das „Bauernlegen“ begann erst später und die freien Ansiedler hatten hier das deutsche Recht in besserer Gut dadurch, daß sie es schriftlich, in sogenannten „Rechtbüchern“ niederlegten. Ein solches Rechtbuch besagt beispielsweise auch, daß junge Eheleute eine Anzahl neuer Bäume pflanzen mußten, wohl weil sie zum Hausbau viel Holz verbrauchten. Auf dieses Rechtbuch geht noch die Bestimmung des Großen Kurfürsten zurück, daß niemand heiraten dürfe, der vorher nicht Obstbäume gepflanzt und veredelt habe. Bald allerdings geriet dann auch die Mehrzahl der ostpreussischen Bauern in „Erbuntertänigkeit“ und „Fron“, wodurch sie mit ihrer gesamten Familie an die Scholle gefesselt wurden. Es war die Zeit, da man sagte: „Der Bauer ruhet nicht Hand noch Fuß, wenn er nicht muß.“ Auch suchte er die Kinderzahl möglichst zu verringern, um sie vor dem gleichen traurigen Schicksal zu bewahren. Eine entscheidende Besserung und Befreiung brachte erst das 19. Jahrhundert durch die Steinigen Reformen.

Georg Komotnick.

entweder im Obdachloshaus oder in Pflanzstätten untergebracht oder die Ehegatten müßten trennt leben. 189 Personen waren in Wohnungen, in den mittelbaren Luft und Lichtzufuhr fehlten oder sonst große gesundheitliche Mängel aufwiesen. (Es war auch) Wohnungen darunter, die früher als Ställe, Heizmaterialkeller, Lagerräume und Werkstätten benutzt wurden. 142 Familien mit 423 Personen hatte nicht einen einzigen Raum, auch nicht einen Schließel für sich allein zur Verfügung. 1661 Fälle mit 36 Personen hatten durchaus unzulängliche Unterbringung und so geht es weiter.

Auf dem Lande sind die Wohnungs-Verhältnisse nicht besser. Es müßte Fälle nachgewiesen werden, daß man heute und mehr Menschen in Schmitterkasernen unterzubringen untergebracht hat, daß 10köpfige Familien in einer kleinen Stube hausen. Meist dient der Flur als Herd, der Fußboden ist zementiert, die Wohnungen sind, die Decken hängen lebensgefährlich, durch Löcher gehen die Dachpfannen, statt Scheiben findet man Fale, die Dampfpumpen sehen am Mißtrauen usw. Wie stelle diese Zahlen der Behauptung gegenüber, wir hätten einen Ueberschuß von 180 000 Wohnungen. Wie stelle diese Behauptung die Angaben des Reichsstatistikamtes gegenüber und der Statistiker. Der Reichsarbeitsminister schätzt, daß in Deutschland zurzeit 600 000 Wohnungen fehlen und der Neubedarf an Wohnungen auf mindestens 150 000 für das Jahr anzuschlagen ist. Anders sehen sogar die Zahl der fehlenden Wohnungen auf rund eine Million.

Die „Bergwerks-Zeitung“ kann zwar zu Abrede stellen, daß auf dem Gebiete des Wohnungswesens etwas nicht ganz stimmt. Sie sagt, daß sei darauf zurückzuführen, daß „der weitaus größte Teil der Mieter heute viel breiter wohnt als vor dem Kriege“. Die Erklärung dafür sei, daß die Miete viel zu gering im Verhältnis zum Einkommen. An wen mag der Artikelreiber gedacht haben? An die zwei Millionen Arbeitslosen, der die Kurzarbeiter, an die Kriegsbeschädigten, Kriegsverwundeten, Sozialrentenempfänger, den verarmten Volksgenossen oder den schlecht entlohnten Arbeiterstand? Warum von all diesen wird heute zu „breit“ wohnen, wenn schon heute nicht mehr die Miete aufbringen kann, breit wohnen allerdings andere Kreise, die der Deutsche „Bergwerks-Zeitung“ viel näher stehen.

Und das Rezept, diesen Mißstand zu heiligen? Die „Bergwerks-Zeitung“ gibt es wie folgt: „Nach dem Gesagten darf man getrost annehmen, daß wenn in der Tat eine Wohnungsnot besteht, sie in erster Linie auf eine unrichtige Raumverteilung zurückzuführen ist, der am besten dadurch begegnet werden kann, daß man das freie Spiel der Kräfte auf dem Wohnungsmarkt wieder zur Geltung brächte. Es ist klar, daß sich auf dem freien Markte die jetzt bestehenden Mißstände schnellstens regulieren würden. Man sollte nur endlich einmal den Mietwucher das traurige System der Wohnungszwangswirtschaft, welches uns wirtschaftlich so auf den Fuß gebracht hat, zu verlassen.“

Die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ geht in ihrer Nr. 25 einen ähnlichen Vorschlag. Sie jagt zur Behebung der Wohnungsnot solle man nicht zu sehr an die Errichtung von Neubauten denken, als vielmehr an einen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und sie fährt fort: „daß bei einem geschickten Anziehen der Mietzinschraube stets ausreichender Wohnraum für Wohnungsuchende vorhanden ist.“ Also Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, Anziehen der Mietzinschraube, das wird die Bevölkerung gezwungen, in noch kleineren Wägen Unterkunft zu suchen als heute und dann brauchen wir keine Neubauten, dann ist die Wohnungsnot auf einem Schläge behoben. Ein verteuert ein solches Rezept dessen Durchführung nicht einmal Geld kostet. Ob wirklich Reich, Staats- und Gemeindebehörden diesem Vorschlag ernsthaft näher treten? Wenn ja, ob sie sich auch über die Folgen klar sind? Diese mögen sie jedenfalls dabei in Erwägung ziehen. Das deutsche Volk ist für geduldig, ein solches Experiment würde es jedoch nie geduldig hinnehmen.

## Reichsjugendtag der christlichen Gewerkschaften

### Der Ansprachetag

Stellen wir es noch einmal fest: Der erste Reichsjugendtag der christlichen Gewerkschaften war ein voller Erfolg. Es war ein herzerhebender Anblick, vom frühen Morgen an die mehr oder weniger dicken Trupps mit ihren Wimpeln und Standarten, ihren Pfeifen- und Trommelforps, in befrühlichter Haltung, aus allen Richtungen der Landstraße anmarschieren zu sehen. Bis in den späten Nachmittag hinein beherrschten sie das Straßenbild der Stadt Essen. Erfreulich war auch unsere christliche Bauarbeiterjugend in ansehbarer Stärke vertreten. Bis aus Münster, Paderborn, Dinslaken, Hilleshelm und Hannover waren sie herbeigekommen. Freilich, mit den wackeligen Säulen der Wimpeln und Standarten ist es bei unseren Jugendgruppen noch schlecht bestellt. Das ist, wie gerade diese Umgebung offenbar machte, ein Mangel. Wir müssen ihn abheben. Wo die Jugend öffentlich marschiert, will sie ihre äußeren Wahrzeichen haben. Und sie verdient darin die Unterstützung der älteren Kollegen.

Galt die Sonntagsvorstellung der Herausarbeitung der grundsätzlichen Einstellung der Jugendlichen zu den Problemen und Aufgaben ihrer Bewegung, so war die Aussprache am Montag den aktuellen Tagesfragen und Programmen der jugendlichen Arbeiterbewegung gewidmet. Kurze einleitende Referate hielten die Kollegen Siders und Mehr über „Die Not der erwerbslosen Jugend“, Böß über „Strömungen in der Jugendbewegung“ und Fischer über „Die Aufgaben der Jugendführung“. Die Aussprache war recht lebhaft und fruchtbar und zum größten

## Am 18. Sept. 1926 ist der achtaunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

Teil von den Jugendlichen selbst getragen. Auf die Referate kommen wir in den nächsten Nummern noch kurz zurück. Folgende Entschlüsse wurden angenommen:

„Die am 6. September im Städtischen Saalbau zu Essen versammelten Vertreter der Jugendgruppen der christlichen Gewerkschaften würdigen die schwere und erfolgreiche Arbeit, die die älteren Gewerkschaftskollegen für den Aufstieg des Arbeiterstandes geleistet haben. Sie fordern ihre jungen Kollegen und Kolleginnen auf, sich ihren Berufsverbänden zu weitestgehendem Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen. Die Gewerkschaftstätigkeit als Vorstandsmitglied oder Vertrauensmann ist für jeden Jugendlichen eine Quelle reichster Lebenserfahrungen. Gemeinsam mit den älteren Kollegen wollen wir arbeiten an dem Aufstieg des deutschen Arbeiterstandes. Wir erwarten von den älteren Kollegen, daß sie unsere Forderungen auf ausreichende Freizeit und auskömmliche Entlohnung, wie diese auf dem Dortmunder Kongreß der christlichen Gewerkschaften aufgestellt wurde, unterstützen. Wir weisen hin auf die Not der erwerbslosen Jugend, die zu einer Volksnot zu werden droht. Wir erwarten von der Regierung, den Stadtverwaltungen, daß sie in weit größerem Umfange als bisher Einrichtungen für die Beschäftigung und Schulung erwerbsloser Jugendlicher schaffen. Die von einzelnen Städten getroffenen Einrichtungen zur Linderung der Not der erwerbslosen Jugend werden anerkannt und begrüßt. Notwendig ist, daß die Regierung in größerem Umfange als bisher den Städten und Gemeinden finanzielle Unterstützung angedeihen läßt. Das staatliche Unterstützungswesen ist dergestalt auszubauen, daß die Altersgrenze der Unterstützungsberechtigten herabgesetzt wird. Im Handwerk und Industrie rufen wir die dringende Bitte, unter Mitwirkung der Gewerkschaften schon heute in geeigneten Werkstätten die Lehrlinge heranzubilden, welche die Wirtschaft notwendig braucht. Ernen erheben wir die Forderung des Dortmunder Kongresses der christlichen Gewerkschaften auf endliche Verabschiedung des Gesetzes über Ausbildung Jugendlicher.“

„Die in Essen aus Anlaß des ersten Reichstreffens der christlichen Gewerkschaftsjugend versammelten Vertreter erkennen die besondere Aufgabe der christlichen Gewerkschaften für Staat und Volk voll und ganz an. Sie weisen aber auch hin auf die hohe Bedeutung der Jugendbewegung für die innere und äußere Erziehung der christlichen Gewerkschaften und die Verwirklichung der Gewerkschaftsziele. Sie erziehen sowohl die Gesamtverbandsleitung als auch die Leitungen der einzelnen Berufsverbände, der Jugendbewegung stärkste Förderung zuteil werden zu lassen. Eine sehr wichtige Voraussetzung für eine gute und gesunde Entwicklung der Jugendbewegung ist die sorgfältige Auslese und gründliche Heranbildung geeigneter Jugendführer und -führerinnen. Als solche dürfen nur charaktervolle, selbstlose, von hohem Verantwortungsgefühl und großer Liebe zur Jugend besetzte Menschen in Betracht kommen. Ihnen muß sowohl seitens der Gesamtverbandsleitung als auch seitens der einzelnen Berufsorganisationen durch Veranstaltung von Jugendführerkursen und Konferenzen, durch Herausgabe einer Jugendführerkorrespondenz und durch Vermittlung einschlägiger Literatur, vermehrte Gelegenheit zur Durchbildung geboten werden. Aufgabe der Jugendführung ist es, die durch die Berufsverbände erfasste Jugend zu berufsständigen, handbewußten und sittlich hochstehenden Menschen zu erziehen und in diesen den Willen zur selbstlosen Mitarbeit in der Berufsorganisation und der Gesamtbewegung, und an der Verwirklichung unserer Zukunftsziele zu wecken und zu nähren und sie für diese Arbeit zu befähigen. Dabei ist sich die Vertretertagung bewußt, daß zur Erfüllung dieser Aufgabe eine tiefe christliche Lebensauffassung unserer Jugend Voraussetzung ist. Darum hält sie die gleichzeitige Zugehörigkeit der gewerkschaftlich erfassten Jugendlichen zum konfessionellen Jugendverein und ein einträchtiges Hand-in-Hand-Arbeiten der gewerkschaftlichen und konfessionellen Jugendbewegung für dringend wünschenswert. Sie fordern die jugendlichen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zur Mitgliedschaft und tätigen Mitarbeit in den konfessionellen Jugendvereinen auf.“

## Die Befreiung der R. P. D.

Wer an der Tatsache noch Zweifel hegte, daß der Kommunismus nichts anderes bedeutet als eine Verwirrung der Geister, der wird durch die innerorganisationsmäßigen Vorgänge der letzten Zeit im kommunistischen Lager wohl eines besseren belehrt worden sein. Im Kommunismus ist weder „Kopf noch Keiter“ mehr zu erkennen. Die Herrschaft einer Clique wird durch die andere abgelöst. Jede zur Herrschaft strebende Gruppe proklamiert das Recht der allein richtigen Auslegung der Lehren von Marx und Lenin für sich. Wer heute im Kommunismus als überragender Führer da steht, muß mit der Möglichkeit rechnen, morgen schon als Vertreter an der Leninischen Idee oder als Spießel der Konterrevolution gebrandmarkt zu werden. Was im Moskauer Hauptquartier des Kommunismus vor sich geht, hüllt sich in mehr oder weniger geheimnisvolles Dunkel. Die „Abjagung“ der Jahrbücher wichtiger Kämpfer, die wie Sinowjew gewissermaßen als Kirchenväter der kommunistischen Lehre gelten, beweist

was eine innere Unruhe in den obersten Moskauer Stad gekommen ist, die sich in gegenseitigem Mißtrauen der Machthaber zueinander äußert. Neben der Entfernung von wichtigen Ministern, steht der direkte Ausschluß führender Parteien aus der kommunistischen Partei, so der von Dsjozski, der wegen des „keiserlichen“ Gedankens erfolgte, die kommunistische Partei Russlands müsse auch andere Parteien neben sich dulden. Das verstoß gegen den Grundsatz der „Diktatur des Proletariats“ d. h. des Kommunismus.

In Deutschland erleben wir ähnliche Schaupiele des Kommunismus, nur noch von groteskerer Wirkung. Je radikaler die „Genossen“ sind, um so eher blüht ihnen das Schicksal, von den noch radikaleren verdrängt und als Parteiverräter in Acht und Bann erklärt zu werden. Man kann es noch verständlich finden, wenn jene zahlreichen Anhänger des Kommunismus an die Luft gesetzt werden, die praktisch nach dem Grundsatz handeln, „was dein ist, ist auch mein.“ wie der ehemalige Parteiführer König. Obgleich die Konsequenz dieser Leute dem Kommunismus richtig erscheint, wenn die kommunistischen Grundätze an „Kapitalisten“ praktisch erprobt werden. Daß man aber jetzt sogar Ruth Fischer, die Jüngerin des Kommunismus, aus der Partei ausgeschlossen hat, ist denn doch eine Leistung besonderer Art. Angeblich ist Ruth Fischer den Parteigrundätzen untreu geworden und hat mit Feinden der Partei einen Pakt geschlossen.

Der Hinauswurf des Jenenser Revolutionsprofessors Korisch leitete die neue Ära der „Säuberung der Partei“ von „michleinischen“ Elementen ein. Mit Korisch flog sein Reichstagskollege Schwarz. In nicht weitem Abstande davon flog Swan Katz, „der Schreckliche“ aus Hannover. Jetzt hat das Verhängnis Ruth Fischer und den ihr geistesverwandten sein jollenden Maslow ereilt. Gleichzeitig hört man vom Ausschluß der beiden Landtagsabgeordneten Loffau und Loquingen. Alle diese sollen im Bunde mit dem Parteiverräter Korisch stehen. Damit auch andere Gruppen in der Partei befriedigt werden, erfolgte der Ausschluß des Reichstagsabgeordneten Ziedt, der als Vorsitzender des proletarischen „Internationalen Bundes der Kriegsoffer“ ein bürgerliches Sensationsblatt „Die Echeleien“ herausgibt, wegen unproletarischen Verhaltens. Alle Ausgeschlossenen sind aufgefordert worden, ihre parlamentarischen Mandate niederzulegen. Keiner ist indes dieser Aufforderung nachgekommen, alle wollen nicht auf Befehl auf ihre Sitze verzichten.

Mit der Aufzählung ist weder die Liste der Ausgeschlossenen erschöpft, noch angedeutet, wer für die Zukunft den Hinauswurf zu erwarten hat. Wahrscheinlich werden es nicht wenige sein, die noch folgen werden. Ist es doch eine alte Erfahrungstatsache, daß die Radikalen immer wieder von den Radikaleren „aufgefressen“ werden. Wo der Radikalismus sich ungezügelt entfalten kann, gibt es in seiner Weiterentwicklung kein Ende bis zur völligen Verfestung und Auflösung. Ist es beim Kommunismus kein Schaden, wenn er sich selbst „totfrisst“, so bleibt für die Aufstiegsbestrebungen der Arbeiterklasse doch bedauerlich, daß jene, die im Banne des Radikalismus gestanden haben, hinterher eine Zweiflungsstimmung erfährt, die sich in völliger Selbstgarn gegenüber vernünftiger Gewerkschafts- und Arbeiterpolitik äußert. Stetsdarum lehrt sich der frühere Radikalismus nur in Feindschaft gegenüber allem, was dem sozialen Fortschritt der Arbeiterklasse dienen kann, wie heute schon die Mitwirkung zahlreicher ehemaliger Kommunisten in der gelben „Wertvereinsbewegung“ kundtut.

Für die christlich-nationalen Arbeitnehmer kann sich angesichts solcher Entwicklungen nur die Lehre erheben, allen nur auf starke Worte und weltfremde Theorien aufbauenden Radikalismus resolut abzulehnen, gleich, ob er einen gewerkschaftlichen, sozialwirtschaftlichen oder politischen Anstrich hat. Die Sache der Arbeitnehmer kann niemals gewinnen durch radikale Phrasen, sondern nur durch angelegte unverbundene Arbeit, die der einzelne an sich selbst und in den Organisationen zu leisten hat, deren geistige Solidität zugleich Bürgschaft für den praktischen Erfolg ist.

## Allgemeine Rundschau

### Soziales Verständnis

Wenn man die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ liest, dann könnte man an der Möglichkeit eines vernünftigen Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit verzweifeln. Erfreulicherweise sind aber auch im Unternehmerrlager die Besorglichkeiten noch nicht ganz ausgehorben, die mit seinem Verständnis an die sozialen Dinge herangehen. So hielt auf dem kürzlich stattgefundenen Evangelisch-sozialen Kongreß Bergarbeiter Lehmar, das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Saarindustrie, eine Rede, der wir folgende Gedanken entnehmen:

„Der feiner Arbeit gegenüber gegenständig eingestellt ist, wer die Arbeit als solche nur als ein notwendiges Übel ansieht, wer keinen Gemeinschaftsgeist kennt, sondern nur Klassenkampf, wer im Mitmenschen keine Persönlichkeitswerte sieht, sondern ihn nur als ein Ausbeuteobjekt betrachtet, der beeinflusst sämtliche Wirtschaftsvorgänge nach der negativen Seite.“

Während die Gewerkschaften in ihrer Arbeit den besetzten Menschen als den Träger des Kraftvolks in der Produktionswirtschaft voranstellen, wird die Arbeit der Unternehmervverbände mehr durch den Stoffspol beherrscht und durch die Sorge bestimmt, dem menschlichen Handeln erst die materielle Unterlage geben zu können. Verder ist es in weiten Unternehmerrkreisen noch nicht genügend erkannt, daß es sich hier um eine ganz wesentliche soziale Aufgabe handelt, um eine Pflege und Hebung der Persönlichkeitswerte, daß andererseits weite Arbeiterkreise in Auffassungen befangen sind, die lediglich die negativen

